

No. 58033*

**Poland
and
Germany**

Agreement between the Republic of Poland and the Federal Republic of Germany on the motorway connection and the construction of border-crossing facilities for the new border crossing in the Zgorzelec-Görlitz area (with protocol). Warsaw, 29 July 1992

Entry into force: *1 June 1994, in accordance with article 12(2)*

Authentic texts: *German and Polish*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Poland, 1 December 2023*

**No UNTS volume number has yet been determined for this record. The Text(s) reproduced below, if attached, are the authentic texts of the agreement /action attachment as submitted for registration and publication to the Secretariat. For ease of reference they were sequentially paginated. Translations, if attached, are not final and are provided for information only.*

**Pologne
et
Allemagne**

Accord entre la République de Pologne et la République fédérale d'Allemagne sur la connexion autoroutière et la construction d'installations de passage frontalier pour le nouveau poste frontière dans la zone de Zgorzelec-Görlitz (avec protocole). Varsovie, 29 juillet 1992

Entrée en vigueur : *1^{er} juin 1994, conformément au paragraphe 2 de l'article 12*

Textes authentiques : *allemand et polonais*

Enregistrement auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies : *Pologne, 1^{er} décembre 2023*

**Aucun numéro de volume n'a encore été attribué à ce dossier. Les textes disponibles qui sont reproduits ci-dessous sont les textes originaux de l'accord ou de l'action tels que soumis pour enregistrement. Par souci de clarté, leurs pages ont été numérotées. Les traductions qui accompagnent ces textes ne sont pas définitives et sont fournies uniquement à titre d'information.*

[TEXT IN GERMAN – TEXTE EN ALLEMAND]

**Abkommen
zwischen
der Republik Polen
und
der Bundesrepublik Deutschland
über den Autobahnzusammenschluß und den Bau von
Grenzabfertigungsanlagen für den neuen Grenzübergang
im Raum Zgorzelec und Görlitz**

Die Republik Polen
und
die Bundesrepublik Deutschland -

von dem Wunsch geleitet, den Straßenverkehr zwischen den beiden Staaten und den Durchgangsverkehr durch ihre Hoheitsgebiete in Übereinstimmung mit dem Vertrag vom 17. Juni 1991 zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zu erleichtern -

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1
Gegenstand des Abkommens

(1) Die polnische Autobahn A 4 von Liegnitz in Richtung Westen und die deutsche Autobahn A 4 von Dresden in Richtung Osten sollen nördlich von Zgorzelec und Görlitz zusammengeschlossen werden. An dieser Stelle wird ein neuer Grenzübergang entstehen.

(2) Zu diesem Zweck werden errichtet:

- a) auf dem Hoheitsgebiet der Republik Polen und dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland die grenzüberschreitende Autobahnbrücke über die Neiße (Grenzbrücke),
- b) auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland Gebäude, Plätze und Einrichtungen, die der Grenzabfertigung dienen.

(3) Die Vertragsstaaten streben an, die in Absatz 2 genannten Bauvorhaben auf polnischem und deutschem Hoheitsgebiet im Jahre 1993 fertigzustellen.

(4) Für die Grenzabfertigung wird eine vorgeschobene Grenzdienststelle errichtet. Die Grenzabfertigung an vorgeschobenen Grenzdienststellen werden die Vertragsstaaten in einem gesonderten Abkommen regeln.

Artikel 2

Planung und Bauausführung

(1) Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt die

- a) Vermessung,
- b) Planung,
- c) Ausschreibung,
- d) Auftragsvergabe,
- e) Prüfung der Ausführungsunterlagen,
- f) Bauüberwachung und
- g) Prüfung der Abrechnung der vertraglichen Leistungen

für die Grenzbrücke jeweils nach Herstellung des Einvernehmens mit der Republik Polen.

(2) Für die in Absatz 1 Buchstaben a bis d genannten Tätigkeiten trägt die Republik Polen keine Kosten. Die Kosten für die in Absatz 1 Buchstaben e bis g genannten Tätigkeiten tragen die Vertragsstaaten anteilig nach dem Verhältnis der Längenteile der Grenzbrücke, gemessen in Brückenachse zwischen den Auflagerachsen und der Grenze zwischen den Hoheitsgebieten der Vertragsstaaten. Bei der Ermittlung des Kostenanteils für die Republik Polen bleibt die deutsche Umsatzsteuer unberücksichtigt.

(3) Für den Bau der Grenzbrücke werden die beauftragten Unternehmer im Bauvertrag verpflichtet, getrennte Rechnungen zu erstellen für

- die Widerlager und Pfeiler auf dem Hoheitsgebiet jedes Vertragsstaats und

- die Brückenüberbauten einschließlich derjenigen Leistungen, die nur für das gesamte Bauwerk erbracht werden können, nach dem Verhältnis der Längenanteile der Grenzbrücke, gemessen in Brückenachse zwischen den Auflagerachsen und der Grenze zwischen den Hoheitsgebieten der Vertragsstaaten.

(4) Die Grenzbrücke wird nach den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Normen und Vorschriften des Bauwesens geplant, ausgeführt und abgenommen. Für einzelne Bauteile können die Vertragsstaaten die Anwendung polnischer Bauvorschriften vereinbaren. Die übrigen in Artikel 1 Absätze 1 und 2 genannten Bauvorhaben auf den Gebieten der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland werden nach den im jeweiligen Staat geltenden Normen und Vorschriften des Bauwesens geplant, ausgeführt und abgenommen.

Artikel 3 Grunderwerb

Jeder Vertragsstaat sorgt dafür, daß auf seinem Hoheitsgebiet die für den Bau der in Artikel 1 Absatz 2 genannten Anlagen dauernd oder zeitweilig erforderlichen Grundstücke rechtzeitig zur Verfügung stehen.

Artikel 4

Abnahme

Nach Abschluß der Bauarbeiten werden die Bauwerke von den zuständigen Verwaltungen der beiden Vertragsstaaten nach dem bei öffentlichen Bauaufträgen angewendeten deutschen Recht in Anwesenheit der Unternehmer abgenommen.

Artikel 5

Unterhaltung

Mit der Schlußabnahme der Bauwerke übernimmt die Bundesrepublik Deutschland die Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücke und der Grenzabfertigungsanlagen sowie den Winterdienst auf der Grenzbrücke. Die Grenze für die Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung sowie für den Winterdienst ist das Ende der Grenzbrücke einschließlich des Widerlagers auf polnischer Seite. Die Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücke und der Grenzabfertigungsanlagen sowie der Winterdienst erfolgen im Einvernehmen mit den zuständigen polnischen Stellen. Die zuständigen Stellen der Vertragsstaaten können über Art, Umfang und Durchführung der Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücke und der Grenzabfertigungsanlagen gesonderte Vereinbarungen schließen.

Artikel 6

Kosten

(1) Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten für den Bau einschließlich Grunderwerb, für die Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücke sowie für den Winterdienst, soweit die Grenzbrücke auf seinem Hoheitsgebiet liegt. Bei der Aufteilung der Kosten ist die deutsche Umsatzsteuer, die in den Kosten enthalten ist, nicht zu berücksichtigen. Diese Steuer wird allein von der Bundesrepublik Deutschland getragen.

(2) Die vorhandenen Unterlagen für die erforderlichen Planungen werden gegenseitig kostenlos zur Verfügung gestellt, insbesondere Vermessungsunterlagen und Baugrunduntersuchungen.

(3) Die beiden Vertragsstaaten regeln die Kostenfrage für den Bau einschließlich Grunderwerb, für die Unterhaltung, Instandsetzung sowie die Erneuerung der Grenzabfertigungsanlagen in einer gesonderten Vereinbarung.

Artikel 7

Zahlungen

(1) Die Republik Polen erstattet der Bundesrepublik Deutschland den von ihr zu tragenden Anteil der Abschlagszahlungen, die entsprechend dem Baufortschritt den Auftragnehmern geleistet werden.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland wird der Republik Polen zwei Monate im voraus den geschätzten Finanzbedarf für die Abschlagszahlungen mitteilen und sie dabei über den Stand der Auszahlungen durch Übersichten unterrichten, in welchen die Höhe und der Zeitpunkt der Auszahlungen ausgewiesen werden.

(3) Die Republik Polen zahlt den Rest ihres Kostenanteils nach Schlußabnahme und Abrechnung.

(4) Alle Zahlungen erfolgen in Deutscher Mark.

(5) Bei Meinungsverschiedenheiten können die unstreitigen Beträge nicht zurückgehalten werden.

(6) Die Republik Polen erhält Zweitstücke der Bauverträge, Bestellurkunden und festgestellten Abrechnungsunterlagen.

Artikel 8 Betretungsrecht

(1) Die beim Bau der Grenzbrücke beschäftigten Staatsangehörigen jedes Vertragsstaats sowie der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften, deren Angehörige im Verhältnis zur Republik Polen nicht der Visumpflicht unterliegen, wie auch alle anderen am Bau beteiligten Staatsangehörigen der Vertragsstaaten und der für die Republik Polen visafreien Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften dürfen zur Wahrnehmung dieser Aufgabe die Grenze im Bereich der Baustelle für die Grenzbrücke einschließlich der Behelfsbrücke überschreiten

und sich auf dem Teil der Baustelle oder der Behelfsbrücke aufhalten, der im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats liegt, ohne daß sie dafür einer Aufenthaltsgenehmigung bedürfen. Angehörige anderer Staaten, die beim Bau der Grenzbrücke beschäftigt sind, dürfen die Grenze im Bereich der Baustelle und der Behelfsbrücke überschreiten, wenn sie die nach den Bestimmungen der Vertragsstaaten erforderlichen Dokumente und Erlaubnisse mit sich führen.

(2) Die in Absatz 1 genannten Beschäftigten und die anderen im gleichen Absatz genannten Personen müssen ein von beiden Vertragsstaaten anerkanntes Dokument mit sich führen, das zum Übertritt der Grenze zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland berechtigt.

(3) Jeder der Vertragsstaaten wird Personen, die unter Verletzung dieses Abkommens in das Hoheitsgebiet des anderen Staats gelangt sind, jederzeit formlos rückübernehmen.

(4) Einzelfragen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Baustellenbereich der Grenzbrücke werden von den örtlich zuständigen Grenzbehörden einvernehmlich geregelt.

(5) Diese Bestimmungen gelten solange und soweit keine gesonderten Vereinbarungen zwischen den Vertragsstaaten über das Überschreiten der Grenze getroffen werden.

Artikel 9 Steuerliche Bestimmungen

(1) Auf die Lieferungen von Gegenständen und Materialien sowie die sonstigen Leistungen, die im Zusammenhang mit dem Bau der Grenzbrücke oder mit ihrer Unterhaltung, Instandsetzung und

Erneuerung bewirkt werden, ist das Umsatzsteuerrecht der Bundesrepublik Deutschland anzuwenden. Für diese Umsätze wird keine polnische Umsatzsteuer oder ähnliche indirekte Steuer erhoben.

(2) Für Waren, die aus dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingeführt werden, werden mit Ausnahme von Zöllen keine Eingangsabgaben erhoben, soweit die Waren zum Bau oder zur Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücke oder der Grenzabfertigungsanlagen verwendet werden. Dies gilt von Baubeginn an. Sicherheiten werden nicht verlangt. Satz 1 gilt nicht bei der Einfuhr von Waren für die öffentlichen Bauverwaltungen.

(3) Die zum Bau oder zur Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücke sowie der Grenzabfertigungsanlagen erforderlichen Waren unterliegen bei ihrer Einfuhr und Ausfuhr keinen Verboten und Beschränkungen.

(4) Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden beider Vertragsstaaten verständigen sich und leisten einander jede notwendige Information und Unterstützung bei der Anwendung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 bis 3. Die Vertreter dieser Behörden sind berechtigt, sich auf der Baustelle für die Grenzbrücke aufzuhalten und dort die Maßnahmen im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 zu treffen, die in ihren Rechts- und Verwaltungsvorschriften bestimmt sind. Im übrigen bleiben die jeweiligen Hoheitsrechte der Vertragsstaaten unberührt.

(5) Unberührt bleibt das Abkommen vom 18. Dezember 1972 zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie das dazugehörige Protokoll von demselben Tag.

Artikel 10
Gemischte Kommission

(1) Es wird eine polnisch-deutsche Gemischte Kommission für den Bau der Grenzbrücke gebildet. Diese besteht aus den beiden Leitern der Delegationen und aus den von jedem Vertragsstaat zu den Sitzungen entsandten Mitgliedern. Die Vertragsstaaten teilen einander den Leiter ihrer Delegation in der Gemischten Kommission mit. Jeder Delegationsleiter kann die Kommission durch Ersuchen an den Leiter der anderen Delegation zu einer Sitzung unter seinem Vorsitz einberufen. Die Sitzung muß auf seinen Wunsch spätestens innerhalb eines Monats nach Zugang dieses Ersuchens stattfinden.

(2) Die Kommission hat die Aufgabe, grundsätzliche Fragen zu klären, die sich hinsichtlich des Baus der Grenzbrücke ergeben, und den Vertragsstaaten Empfehlungen zu unterbreiten, insbesondere zur:

- a) Gestaltung und zu den Abmessungen der Grenzbrücke,
- b) Feststellung des Umfangs der gemeinsamen Arbeiten,
- c) Prüfung des Bauwerksentwurfs und des Vergabevorschlags,
- d) Einigung über Zahlungen und Zahlungsmodalitäten,
- e) Abnahme des Bauwerks,
- f) Kostenteilung für den Bau der Grenzbrücke,
- g) Übergabe und Übernahme des Bauwerks,
- h) Auslegung oder Anwendung des Abkommens bei Streitigkeiten.

(3) Jede Delegation in der Gemischten Kommission kann sich von den zuständigen Verwaltungen des anderen Vertragsstaats die Unterlagen vorlegen lassen, die sie für notwendig erachtet, um die Beschlüsse der Kommission vorzubereiten.

(4) Die Gemischte Kommission faßt ihre Beschlüsse in gegenseitigem Einvernehmen.

Artikel 11
Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen durch die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten gelöst werden. Jeder Vertragsstaat kann zu diesem Zweck die Gemischte Kommission um Stellungnahme bitten. Ausnahmsweise kann der diplomatische Weg genutzt werden.

Artikel 12
Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden sobald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Artikel 13
Geltungsdauer und Abkommensänderungen

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann nur im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den Vertragsstaaten geändert oder ergänzt werden.

(2) Ergeben sich bei der Durchführung des Abkommens erhebliche Schwierigkeiten oder ändern sich die bei seinem Abschluß bestehenden Verhältnisse wesentlich, so werden die Vertragsstaaten auf Verlangen eines Vertragsstaats über eine angemessene Neuregelung verhandeln.

Geschehen zu Warschau am 29. Juli 1992
in zwei Urschriften, jede in polnischer und deutscher Sprache,
wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die
Republik Polen



Für die
Bunderepublik Deutschland



Protokoll

Die Republik Polen
und
die Bundesrepublik Deutschland

haben anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland über den Autobahnzusammenschluß und den Bau von Grenzabfertigungsanlagen für den neuen Grenzübergang im Raum Zgorzelec und Görlitz Nachstehendes vereinbart, das Bestandteil des Abkommens ist:

1. Zum inhaltlichen Verständnis des Artikels 9 Absatz 1 wird festgestellt, daß diese Bestimmung die Anwendung des deutschen Umsatzsteuerrechts im gesamten Baustellenbereich der Grenzbrücke vorsieht, weil die Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 2 des Abkommens die Planung und die Bauausführung übernimmt und aus Gründen des Rechts der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften auf eine Besteuerung auf deutschem Hoheitsgebiet nicht verzichtet werden kann. Außerdem wird durch die Anwendung eines einheitlichen Steuerrechts die Bauausführung erleichtert.
2. Bestimmungen entsprechend denen, die in Artikel 9 des Abkommens zugunsten der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen sind, sollen in künftigen Fällen, in denen vergleichbare grenzüberschreitende Bauwerke errichtet werden, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit möglichst paritätisch zugunsten der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen werden, wenn die Errichtung, Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung der Bauwerke dadurch erleichtert werden könnten.
3. An den Grenzübergängen
 - a) Kolbaskowo - Pomellen (Autobahn),
 - b) Świecko - Frankfurt/O. (Autobahn),
 - c) Olszyna - Forst (Autobahn) und
 - d) Zgorzelec - Autobahn bei Jędrzychowice/Ludwigsdorf

sollen gemeinschaftliche Grenzabfertigungsanlagen errichtet werden. Die Anlagen für die unter den Buchstaben a und d genannten Grenzübergänge sollen auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland, die Anlagen für die unter den Buchstaben b und c genannten Grenzübergänge auf dem Hoheitsgebiet der Republik Polen liegen.

4. Um im Interesse einer baldigen Verbesserung der Verkehrsbeziehungen eine frühestmögliche Inbetriebnahme der Brücke und des Grenzübergangs sicherzustellen, wird bereits nach Unterzeichnung des Abkommens und damit noch vor seinem Inkrafttreten mit den Bauarbeiten begonnen. Die für den Beginn der Bauarbeiten erforderlichen Mittel sind bei den Vertragsstaaten verfügbar.
5. Über die zum Vorstehenden zu treffenden Maßnahmen werden die Regierungen der Vertragsstaaten sich jeweils rechtzeitig verständigen; diese Verständigung wird in gutem nachbarschaftlichem Geist und im Rahmen der gemeinsamen Verkehrsplanung vor sich gehen.

Geschehen zu Warschau am 29. Juli 1992
in zwei Urschriften, jede in polnischer und deutscher Sprache,
wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die
Republik Polen



Für die
Bundesrepublik Deutschland



[TEXT IN POLISH – TEXTE EN POLONAIS]

U M O W A

między

RZECZĄPOSPOLITĄ POLSKĄ

a

REPUBLIKĄ FEDERALNĄ NIEMIEC

o połączeniu autostrad oraz budowie
urządzeń odprawy granicznej dla nowego
przejścia granicznego w rejonie
Zgorzelca i Görlitz

RZECZPOSPOLITA POLSKA

i

REPUBLIKA FEDERALNA NIEMIEC

kierując się życzeniem usprawnienia ruchu drogowego między obydwo Państwami oraz w tranzycie przez terytoria obydwo Państw zgodnie z Traktatem między Rzeczpospolitą Polską a Republiką Federalną Niemiec o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy z dnia 17 czerwca 1991 roku,

uzgodniły, co następuje:

Artykuł 1

Przedmiot Umowy

1. Polska autostrada A 4 z Legnicy w kierunku zachodnim i niemiecka autostrada A 4 z Drezna w kierunku wschodnim powinny być połączone na północ od Zgorzelca i Görlitz. W tym miejscu powstanie nowe przejście graniczne.
2. W tym celu zostaną wybudowane:
 - a) na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej i na terytorium Republiki Federalnej Niemiec - most autostradowy dla ruchu granicznego przez rzekę Nyse (most graniczny);
 - b) na terytorium Republiki Federalnej Niemiec budynki, stanowiska i urządzenia służące do odprawy granicznej.

3. Umawiające się Strony będą dążyć, aby wymienione w ustępie 2 przedsięwzięcia budowlane na terytoriach polskim i niemieckim zostały wykonane w roku 1993.

4. W celu dokonywania odprawy granicznej zostanie utworzona wysunięta placówka graniczna. Sprawy dotyczące odprawy na wysuniętych placówkach granicznych uregulują Umawiające się Strony w odrębnej Umowie.

Artykuł 2

Planowanie i wykonawstwo

1. Republika Federalna Niemiec przejmuje wykonanie:

- a) prac pomiarowych;
- b) prac planistycznych;
- c) ogłoszenia przetargu;
- d) zlecenia prac budowlanych;
- e) sprawdzenia dokumentacji wykonawczej;
- f) sprawowania nadzoru budowlanego;
- g) sprawdzenia rozliczenia prac zleconych umowami

dotyczących mostu granicznego, jednak po każdorazowym porozumieniu z Rzeczpospolitą Polską.

2. Za wykonanie czynności wymienionych w ustępie 1 litery od a) do d) Rzeczpospolita Polska nie ponosi żadnych kosztów. Koszty wykonanych czynności wymienionych w ustępie 1 litery od e) do g) ponoszą Umawiające się Strony dzieląc je między sobą odpowiednio do długości części mostu granicznego mierzonych wzdłuż osi mostu między osią podpór a granicą między terytoriami obydwu Umawiających się Stron. Przy określeniu wielkości kosztów ponoszonych przez Rzeczpospolitą Polską nie będzie uwzględniony niemiecki podatek obrotowy.

3. Przy budowie mostu granicznego wykonawcy będą zobowiązani w Umowie-Zleceniu do wystawiania oddzielnych faktur za wykonanie:

- przyczółków i filarów na terytorium każdej z Umawiających się Stron,
- górnych elementów mostu włącznie z tymi pracami, które odnoszą się tylko do całej konstrukcji, odpowiednio do długości części mostu granicznego, mierzonych wzdłuż osi mostu między osią podpór a granicą między terytoriami obydwu Umawiających się Stron.

4. Most graniczny będzie konstruowany, wykonany i odebrany według norm i przepisów budowlanych obowiązujących w Republice Federalnej Niemiec. Dla pojedynczych elementów konstrukcji mostu Umawiające się Strony mogą uzgodnić zastosowanie polskich przepisów budowlanych. Pozostałe przedsięwzięcia budowlane wymienione w artykule 1 ustępy 1 i 2, na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej i Republiki Federalnej Niemiec będą zaplanowane, wykonane i odebrane według norm i przepisów budowlanych obowiązujących w każdym z Państw.

Artykuł 3

Pozyskanie gruntów

Każda Umawiająca się Strona zadba, aby uzyskać na swoim terytorium, w stosownym czasie na stałe lub na czas określony, niezbędne tereny i przekazać je w celu realizacji obiektów wymienionych w artykule 1 ustęp 2.

Artykuł 4

Odbiór

Po zakończeniu prac budowlanych obiekty będą odbierane przez właściwe administracje Umawiających się Stron w obecności wykonawcy według niemieckich przepisów prawa zastosowanych w umowach z wykonawcami.

Artykuł 5

Utrzymanie

Po dokonaniu odbioru końcowego obiektów budowlanych Republika Federalna Niemiec przejmie utrzymanie, naprawy i remonty mostu granicznego oraz urządzeń odprawy granicznej, jak również zimowe utrzymanie mostu granicznego. Granicę utrzymania, napraw i remontów oraz zimowego utrzymania stanowi koniec mostu granicznego z przyczółkiem znajdującym się na terytorium Polski.

Utrzymanie, naprawy i remonty mostu granicznego i urządzeń odprawy granicznej, jak również zimowe utrzymanie, będą wykonywane w porozumieniu z właściwymi władzami polskimi. Właściwe władze obu Umawiających się Stron mogą zawierać odrębne porozumienia dotyczące rodzaju, zakresu i sposobu prowadzenia prac związanych z utrzymaniem, naprawami i remontami mostu granicznego i urządzeń odprawy granicznej.

Artykuł 6

Koszty

1. Każda z Umawiających się Stron ponosi koszty budowy włącznie z kosztami pozyskania gruntów, utrzymania, napraw, remontów i zimowego utrzymania tej części mostu granicznego, która znajduje się na jej terytorium. Przy podziale tych kosztów nie będzie uwzględniony niemiecki podatek obrotowy, który jest już zawarty w kosztach wykonania. Podatek ten będzie ponoszony tylko przez Republikę Federalną Niemiec.

2. Obie Umawiające się Strony będą wzajemnie udostępniały bezpłatnie istniejące niezbędne dokumentacje do prac projektowych, w szczególności dotyczące pomiarów i badania gruntów.

3. Obie Umawiające się Strony uregulują w odrębnej umowie sprawy związane z kosztami budowy, włącznie z pozyskaniem gruntów, utrzymaniem, naprawami oraz remontami urządzeń odprawy granicznej.

Artykuł 7

Płatności

1. Rzeczpospolita Polska przekaże Republice Federalnej Niemiec przypadającą na nią część płatności w formie okresowych wpłat na poczet rachunku odpowiednio do postępu prac budowlanych prowadzonych przez wykonawców.

2. Republika Federalna Niemiec będzie informować Rzeczpospolitą Polską z dwumiesięcznym wyprzedzeniem o szacunkowej wysokości środków finansowych, potrzebnych dla realizacji okresowych wpłat na poczet rachunku oraz o stanie wydatków przedstawiając ich wykaz zawierający wysokość kwot i daty wpłat.
3. Rzeczpospolita Polska wpłaci pozostałą przypadającą na nią część kosztów po końcowym odbiorze i rozliczeniu prac budowlanych.
4. Wszystkie płatności będą dokonywane w markach niemieckich.
5. Powstanie ewentualnych rozbieżności nie wstrzymuje wpłacania należności nie będących przedmiotem sporu.
6. Rzeczpospolita Polska otrzyma kopie umów budowlanych, zleceń i sporządzonych dokumentów rozliczeniowych.

Artykuł 8

Prawo przekraczania granicy

1. Obywatele każdej z Umawiających się Stron, zatrudnieni przy budowie mostu granicznego, jak również państw członkowskich Wspólnot Europejskich, którzy w stosunku do Rzeczypospolitej Polskiej nie podlegają obowiązkowi wizowemu oraz inni obywatele Umawiających się Stron i państw członkowskich Wspólnot Europejskich, które z Polską nie posiadają obowiązku wizowego, związani z budową mostu, mają prawo przekraczania granicy w rejonie budowy mostu granicznego włącznie z mostem pomocniczym oraz przebywania w miejscach budowy lub

mostu pomocniczego znajdujących się na terytorium drugiego państwa w celu wykonania swoich obowiązków bez konieczności posiadania w tym celu zezwolenia na pobyt.

Obywatele innych państw, zatrudnieni przy budowie mostu granicznego, mogą przekraczać granicę w rejonie budowy i w rejonie mostu pomocniczego, jeżeli posiadają dokumenty i zezwolenia wymagane przez przepisy Umawiających się Stron.

2. Osoby zatrudnione, o których mowa w ustępie 1 oraz inne osoby wymienione w tym ustępie, muszą posiadać ze sobą dokument uprawniający do przekroczenia granicy między Rzeczpospolitą Polską a Republiką Federalną Niemiec uznany przez każdą z Umawiających się Stron.

3. Każda z Umawiających się Stron będzie każdorazowo i bez formalności przejmować osoby, które, wskutek naruszenia postanowień niniejszej Umowy, znalazły się na terytorium drugiej Umawiającej się Strony.

4. Szczegółowe zagadnienia dotyczące bezpieczeństwa i porządku w rejonie budowy mostu granicznego zostaną uregulowane przez właściwe miejscowe organy graniczne we wzajemnym porozumieniu.

5. Postanowienia tego artykułu będą obowiązywały tak długo, dopóki Umawiające się Strony nie zawrą nowego porozumienia dotyczącego przekraczania granicy.

Artykuł 9

Postanowienia podatkowe

1. Przy dostarczaniu materiałów i urządzeń służących do budowy mostu granicznego, jak również do jego utrzymania, napraw i remontów oraz przy realizacji innych zobowiązań

związanych z tą budową, będzie stosowane prawo o podatku obrotowym Republiki Federalnej Niemiec. Przy obrocie tymi materiałami i urządzeniami oraz przy realizacji innych zobowiązań związanych z tą budową nie będzie pobierany ze strony polskiej podatek obrotowy lub stosowane podobne pośrednie opodatkowanie.

2. Za towary wwożone z terytorium jednej Umawiającej się Strony na terytorium drugiej Umawiającej się Strony nie będą pobierane opłaty wwozowe z wyjątkiem opłat celnych, jeżeli towary te będą użyte do budowy lub utrzymania oraz naprawy i remontu mostu granicznego lub obiektów odprawy granicznej. Obowiązuje to od czasu rozpoczęcia budowy. Gwarancje nie są wymagane. Punkt 1 nie stosuje się przy wwozie towarów przeznaczonych dla publicznych administracji budowlanych.

3. Towary potrzebne do budowy lub utrzymania oraz napraw i remontów mostu granicznego, jak również urządzeń odprawy granicznej, nie podlegają przy wwozie lub wywozie żadnym ograniczeniom lub zakazom.

4. Właściwe władze podatkowe i celne obu Umawiających się Stron podczas realizacji postanowień niniejszej Umowy będą przekazywać sobie niezbędne informacje i udzielać wzajemnie pomocy przy stosowaniu obowiązującego prawa i przepisów administracyjnych dotyczących postanowień ustępów od 1 do 3 niniejszego artykułu. Przedstawiciele tych władz będą uprawnieni do przebywania w rejonie budowy mostu granicznego i podejmowania tam działań w ramach postanowień wymienionych ustępów od 1 do 3, które są określone w obowiązującym ich prawie i przepisach administracyjnych. Działania te nie mogą naruszać suwerenności Umawiających się Stron.

5. Postanowienia niniejszej Umowy nie naruszają Umowy z dnia 18 grudnia 1972 roku między Polską Rzeczpospolitą Ludową a Republiką Federalną Niemiec w sprawie zapobiegania podwójnemu opodatkowaniu w zakresie podatków od dochodu i majątku oraz Protokołu do tej Umowy z tego samego dnia.

Artykuł 10

Komisja Mieszana

1. Do spraw budowy mostu granicznego zostanie utworzona polsko-niemiecka Komisja Mieszana. Składać się ona będzie z obydwóch przewodniczących delegacji oraz innych członków wyznaczonych przez każdą z Umawiających się Stron. Umawiające się Strony poinformują się wzajemnie o wyznaczeniu przewodniczących delegacji do Komisji Mieszanej. Każdy przewodniczący delegacji może zwołać pod swoim przewodnictwem posiedzenie Komisji w porozumieniu z przewodniczącym delegacji drugiej Umawiającej się Strony. Posiedzenie takie musi odbyć się w ciągu jednego miesiąca od wystąpienia z wnioskiem o jego zwołanie.

2. Zadaniem Komisji Mieszanej jest wyjaśnianie podstawowych problemów dotyczących budowy mostu granicznego jak również przedstawianie Umawiającym się Stronom zaleceń, w szczególności w sprawach:

- a) konstrukcji i wymiarów mostu granicznego;
- b) określenia zakresu wspólnych prac;
- c) sprawdzenia projektów budowlanych i przydziału zleceń;
- d) zgodności realizowanych płatności;
- e) odbioru zrealizowanych zadań budowlanych;
- f) podziału kosztów dotyczących budowy mostu granicznego;
- g) przekazania i przyjęcia wykonywanych obiektów;
- h) interpretacji lub stosowania niniejszej Umowy w przypadkach sporów.

3. Każda delegacja w ramach Komisji Mieszanej może zażądać od właściwych władz administracyjnych drugiej Umawiającej się Strony przedłożenia stosownych dokumentów, które uzna za niezbędne dla przygotowania decyzji Komisji.

4. Komisja Mieszana podejmuje swoje decyzje na podstawie wzajemnego porozumienia.

Artykuł 11

Rozbieżności

Rozbieżności dotyczące interpretacji lub stosowania niniejszej Umowy powinny być rozstrzygane przez właściwe władze Umawiających się Stron. Każda z Umawiających się Stron może zasięgnąć opinii Komisji Mieszanej w tych sprawach. Wyjątkowo może być wykorzystana droga dyplomatyczna.

Artykuł 12

Wejście w życie Umowy

1. Umowa niniejsza podlega ratyfikacji; wymiana dokumentów ratyfikacyjnych nastąpi możliwie szybko w Bonn.

2. Niniejsza Umowa wejdzie w życie w pierwszym dniu drugiego miesiąca po wymianie dokumentów ratyfikacyjnych.

Artykuł 13

Okres obowiązywania i zmiany Umowy

1. Niniejsza Umowa jest zawarta na czas nieokreślony. Może być ona zmieniona lub uzupełniona tylko za zgodą Umawiających się Stron.

2. Jeżeli podczas realizacji Umowy ujawnią się znaczne trudności lub zmieniają się zasadniczo warunki, na jakich była ona zawarta, to na żądanie jednej z Umawiających się Stron, Strony podejmą negocjacje w sprawie nowych uregulowań.

Sporządzono w Warszawie, dnia *29 lipca*.....1992 roku,
w dwóch egzemplarzach, każdy w językach polskim i niemieckim,
przy czym obydwa teksty posiadają jednakową moc.

Za

Rzeczpospolitą Polską

Michał Kubicki

Za

Republikę Federalną Niemiec

[Signature]

PROTOKÓŁ

RZECZPOSPOLITA POLSKA

i

REPUBLIKA FEDERALNA NIEMIEC

przy okazji podpisania Umowy między Rzeczpospolitą Polską a Republiką Federalną Niemiec o połączeniu autostrad oraz budowie urządzeń odprawy granicznej dla nowego przejścia granicznego w rejonie Zgorzelca i Görlitz, przyjęły następujące uzgodnienie, które stanowią integralną część tej Umowy:

1. W celu wyjaśnienia treści artykułu 9 ustęp 1 stwierdza się, że postanowienie tego ustępu przewiduje zastosowanie niemieckiego prawa dotyczącego podatku obrotowego na całym obszarze budowy mostu granicznego, ponieważ Republika Federalna Niemiec, zgodnie z artykułem 2 Umowy, przejmuje wykonanie prac planistycznych i budowlanych, jak również dlatego, że na podstawie prawa państw członkowskich Wspólnot Europejskich, Republika Federalna Niemiec nie może zrezygnować ze stosowania opodatkowania na niemieckim terytorium.

Ponadto zastosowanie jednolitego prawa podatkowego będzie ułatwiać realizację budowy.

2. Korzystne postanowienia przewidziane w artykule 9 Umowy na rzecz Republiki Federalnej Niemiec, w przypadkach realizacji podobnych przedsięwzięć granicznych, powinny być stosowane na zasadzie wzajemności możliwie przy zachowaniu parytetu na rzecz Rzeczypospolitej Polskiej i Republiki Federalnej Niemiec, jeżeli ułatwiać to będzie budowę, utrzymanie, naprawy i remonty obiektów.

3. Na przejściach granicznych:

- a) Kołbaskowo - Pomellen (autostrada)
- b) Świecko - Frankfurt O. (autostrada)
- c) Olsztyna - Forst (autostrada)
- d) Zgorzelec - Autostrada w rejonie Jędrzychowice - Ludwigsdorf,

powinny być utworzone obiekty wspólnej odprawy granicznej. Obiekty położone na przejściach granicznych wymienionych w podpunktach a) i d) powinny znajdować się na terytorium Republiki Federalnej Niemiec, a obiekty na przejściach wymienionych w podpunktach b) i c) - na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej.

4. W celu możliwie najszybszego oddania do eksploatacji mostu granicznego oraz przejścia granicznego i dla poprawy warunków komunikacyjnych, prace budowlane zostaną rozpoczęte natychmiast po podpisaniu Umowy, to znaczy jeszcze przed jej wejściem w życie. W celu rozpoczęcia prac budowlanych Umawiające się Strony dysponują niezbędnymi środkami.

5. Rządy Umawiających się Stron będą porozumiewały się we właściwym czasie co do działań związanych z realizacją przedsięwzięć; uzgodnienia takie będą podejmowane w duchu dobrosąsiedztwa i w ramach wspólnych planów komunikacyjnych.

Sporządzono w Warszawie, dnia^{29 lipca}..... 1992 roku, w dwóch egzemplarzach, każdy w językach polskim i niemieckim, przy czym oba teksty mają jednakową moc.

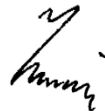
Za

Rzeczpospolitą Polską



Za

Republikę Federalną Niemiec



[TRANSLATION – TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE REPUBLIC OF POLAND AND THE FEDERAL
REPUBLIC OF GERMANY ON THE CONNECTION OF MOTORWAYS AND
CONSTRUCTION OF BORDER CONTROL FACILITIES FOR THE NEW
BORDER CROSSING IN THE REGION OF ZGORZELEC AND GÖRLITZ

The Republic of Poland and the Federal Republic of Germany

Guided by the wish to facilitate road traffic between the two States and transit traffic through their territories in accordance with the Treaty between the Federal Republic of Germany and the Republic of Poland on good neighbourly relations and friendly cooperation of 17 June 1991,

Have agreed as follows:

Article 1. Purpose of the Agreement

1. The westbound Polish motorway A4 from Legnica and the eastbound German motorway from Dresden shall be joined north of Zgorzelec and Görlitz. A new border crossing shall be established there.

2. For this purpose, the following shall be built:

- (a) In the territory of the Republic of Poland and in the territory of the Federal Republic of Germany – a motorway bridge for cross-border traffic across the river Neisse (cross-border bridge);
- (b) In the territory of the Federal Republic of Germany – border control buildings, posts and facilities.

3. The Contracting Parties shall endeavour to complete in 1993 the building projects referred to in paragraph 2 in the territories of Poland and of Germany.

4. In order to carry out border checks, an advanced border outpost shall be opened. Matters relating to checks at such border outposts shall be regulated by the Contracting Parties in a separate agreement.

Article 2. Planning and execution

1. The Federal Republic of Germany shall assume responsibility for the following activities:

- (a) Surveying;
- (b) Planning;
- (c) Invitations to tender;
- (d) Award of contracts;
- (e) Verification of documents relating to execution;
- (f) Supervision of the work;
- (g) Verification of accounts for work contracted for the cross-border bridge, subject to the relevant agreement with the Republic of Poland.

2. The Republic of Poland shall not bear any of the costs for the performance of the activities in paragraph 1, subparagraphs (a)–(d). The costs of the activities performed under paragraph 1, subparagraphs (e)–(g), shall be borne by the Contracting Parties, in proportion to the length of the cross-border bridge, measured along the central line of the bridge, between the axis of the supports and the border between the territory of the Contracting Parties. When determining the costs to be borne by the Republic of Poland, German turnover tax shall not be taken into account.

3. For the construction of the cross-border bridge, the contractors shall be obliged under their contracts to issue separate invoices for building:

- Abutments and piers in the territory of each Contracting Party;

- Upper elements of the bridge, including those works that relate to the structure as a whole, in proportion to the length of the cross-border bridge, measured along the central line of the bridge, between the axis of the supports and the border between the territories of both Contracting Parties.

4. The cross-border bridge shall be engineered, built, inspected and approved in accordance with the building standards and regulations in force in the Federal Republic of Germany. The Contracting Parties may agree to apply Polish building regulations to individual components of the bridge construction. The other construction projects referred to in article 1, paragraphs 1 and 2, in the territories of the Republic of Poland and of the Federal Republic of Germany shall be planned, built, inspected and approved in accordance with the building standards and regulations in force in each State.

Article 3. Land acquisition

Each Contracting Party shall ensure that land in its territory permanently or temporarily required for the construction of the cross-border bridge is available in due time and shall make it available for the construction of the facilities referred to in article 1, paragraph 2.

Article 4. Inspection and approval

Upon completion of the construction work, the facilities shall be inspected and approved by the competent authorities of the Contracting Parties in the presence of the relevant contractors, in accordance with German contractor legislation.

Article 5. Maintenance

After the final inspection and approval of the facilities, the Federal Republic of Germany shall take over responsibility for the maintenance, repair and renovation of the cross-border bridge and the border control facilities, as well as the winter servicing of the cross-border bridge. Maintenance, repair, renovation and winter servicing obligations extend to the end of the bridge with the bridgehead situated in Polish territory.

The maintenance, repair and renovation of the cross-border bridge and the border control facilities, as well as winter servicing, shall be carried out in consultation with the competent Polish authorities. The competent authorities of both Contracting Parties may enter into separate arrangements regarding the type, scope and manner of carrying out works relating to the maintenance, repair and renovation of the cross-border bridge and border control facilities.

Article 6. Costs

1. Each Contracting Party shall bear the costs of construction, as well as the costs of land acquisition, maintenance, repairs, renovation and winter servicing, of that part of the cross-border bridge that is in its territory. Any German turnover tax already included in the costs shall not be taken into account in the apportionment of costs. This tax shall be borne solely by the Federal Republic of Germany.

2. Both Contracting Parties shall make available to each other, free of charge, the existing necessary documentation for planning, in particular regarding measurements and soil analysis.

3. The two Contracting Parties shall regulate in a separate agreement matters regarding building costs, including land acquisition, maintenance, repair and renovation of the border control facilities.

Article 7. Payment

1. The Republic of Poland shall pay to the Federal Republic of Germany its share of interim payments made to the account as the construction work carried out by the contractors progresses.

2. The Federal Republic of Germany shall communicate to the Republic of Poland, two months in advance, the estimated amount of funds required for interim payments to the account and the status of current expenditure by providing a list of the amounts and dates of payments.

3. The Republic of Poland shall pay the remainder of its share of the costs after the final inspection and approval and presentation of accounts of the construction work.

4. All payments shall be made in Deutschmarks.

5. In the event of a dispute, undisputed amounts shall not be withheld.

6. The Republic of Poland shall receive copies of the building contracts, orders and invoices.

Article 8. Border crossing rights

1. Nationals of each of the Contracting Parties who are employed for the construction of the cross-border bridge, and nationals of member States of the European Union who are not subject to visa requirements in relation to the Republic of Poland, as well as others who are nationals of the Contracting Parties or of member States of the European Union who are not subject to visa requirements in relation to Poland in connection with the construction of the bridge, have the right to cross the border in the area of the construction site of the cross-border bridge and of the auxiliary bridge and to remain in the parts of the construction site or the auxiliary bridge that are situated on the territory of the other State in order to carry out their duties, without the need for a residence permit for that purpose.

Nationals of other countries who are employed for the construction of the cross-border bridge may cross the border in the area of the construction site and in the area of the auxiliary bridge if they have the documents and permits required under the regulations of the Contracting Parties.

2. The employed persons referred to in paragraph 1, as well as other persons referred to in that paragraph, shall bear a document, recognized by each Contracting Party, authorizing the crossing of the border between the Republic of Poland and the Federal Republic of Germany.

3. Each Contracting Party shall, each time and without formality, re-admit persons who have entered the territory of the other Contracting Party in violation of the provisions of this Agreement.

4. Specific questions regarding the maintenance of public security and order in the area of the construction site of the cross-border bridge shall be regulated by the locally competent border authorities in a mutual agreement.

5. The provisions of this article shall remain in force as long as the Contracting Parties do not conclude a new agreement on border crossings.

Article 9. Taxation provisions

1. The turnover tax law of the Federal Republic of Germany shall apply to materials and equipment supplied for construction of the cross-border bridge and for its maintenance, repair and renovation, and for fulfilling other obligations related to that construction. No turnover tax or similar indirect taxation shall be levied by Poland on transactions relating to those materials and equipment or for fulfilling other obligations related to the construction.

2. No import duties, with the exception of customs duties, shall be levied on goods imported from the territory of one Contracting Party into the territory of the other Contracting Party when those goods are intended for use for the construction or the maintenance, repair or renovation of the cross-border bridge or border control facilities. This shall apply from the beginning of construction. No securities shall be required. The first sentence shall not apply to goods imported for public administration purposes.

3. Goods required for the construction or repair and renovation of the cross-border bridge and border control facilities shall not be subject to any import or export prohibitions or restrictions.

4. The competent tax and customs authorities of both Contracting Parties, in carrying out the provisions of this Agreement, shall transmit to one another all requisite information and shall assist one another in the application of the relevant legislation and administrative regulations in connection with the provisions of paragraphs 1–3 of this article. The representatives of those authorities shall have the right to be present on the construction site of the cross-border bridge and there to take such measures in connection with the provisions of paragraphs 1–3 as are prescribed by their legislation and administrative regulations. The sovereign rights of the Contracting Parties shall remain unaffected by those activities.

5. The provisions of this Agreement are without prejudice to the Convention of 18 December 1972 between the Federal Republic of Germany and the Polish People's Republic for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and on fortune and the protocol to that Agreement of the same date.

Article 10. Joint Commission

1. A Polish-German Joint Commission shall be established for matters relating to the construction of the cross-border bridge. It shall consist of the two heads of delegation and of other members appointed by each of the Contracting Parties. The Contracting Parties shall inform each other of the appointment of the head of their delegation to the Joint Commission. Each head of delegation may, in consultation with the head of the delegation of the other Contracting Party,

convene and chair a meeting of the Commission. Such a meeting must take place not later than one month following receipt of the request.

2. The Joint Commission shall have the task of clarifying fundamental issues concerning the construction of the cross-border bridge and making recommendations to the Contracting Parties, in particular on the following matters:

- (a) Construction and dimensions of the cross-border bridge;
- (b) Determination of the scope of the joint work;
- (c) Checking the structural design and allocation of commissions;
- (d) Payment reconciliation;
- (e) Inspection and approval of completed construction tasks;
- (f) Allocation of costs relating to the construction of the cross-border bridge;
- (g) Delivery and acceptance of the completed facilities;
- (h) Interpretation or application of this Agreement in cases of disagreement.

3. Each delegation on the Joint Commission may request the competent administrative authorities of the other Contracting Party to produce such documents as it deems necessary for the preparation of the Commission's decisions.

4. The Joint Commission shall adopt its decisions by mutual consent.

Article 11. Disputes

Disputes concerning the interpretation or application of this Agreement should be settled by the competent authorities of the Contracting Parties. Each Contracting Party may consult the Joint Commission in such matters. The diplomatic channel may be used on an exceptional basis.

Article 12. Entry into force

1. This Agreement is subject to ratification; instruments of ratification shall be exchanged at Bonn as soon as possible.

2. This Agreement shall enter into force on the first day of the second month following the exchange of instruments of ratification.

Article 13. Period of validity and amendments

1. This Agreement is concluded for an indefinite period. It may be amended or supplemented only with the consent of the Contracting Parties.

2. If, during the implementation of the Agreement, significant difficulties arise or the conditions under which it was concluded change substantially, then, at the request of one of the Contracting Parties, the Parties may negotiate the establishment of new regulations.

DONE at Warsaw, on 29 July 1992, in two copies, each in the Polish and German languages, both texts being equally authentic.

For the Republic of Poland:

For the Federal Republic of Germany:

PROTOCOL

The Republic of Poland and the Federal Republic of Germany

Upon signing the Agreement between the Republic of Poland and the Federal Republic of Germany on the connection of motorways and construction of border control facilities for the new border crossing in the region of Zgorzelec and Görlitz, agreed on the following arrangements, which form an integral part of that Agreement:

1. In order to clarify the content of article 9, paragraph 1, it is noted that this paragraph provides for the application of German turnover tax law across the whole construction area of the cross-border bridge, as the Federal Republic of Germany, in accordance with article 2 of the Agreement, undertakes the planning and construction work, and also because, under the law of the member States of the European Union, the Federal Republic of Germany cannot choose not to apply tax on German territory.

Moreover, the application of a single tax law will facilitate the construction.

2. The provisions under article 9 of the Agreement that benefit the Federal Republic of Germany when implementing similar border projects should be applied on a reciprocal basis and as far as possible with parity for the Republic of Poland and the Federal Republic of Germany, if that will facilitate the construction, maintenance, repair and renovation of the facilities.

3. At the following border crossings:

- (a) Kołbaskowo – Pomellen (motorway);
- (b) Świecko – Frankfurt an der Oder (motorway);
- (c) Olszyna – Forst (motorway);
- (d) Zgorzelec – motorway in the area of Jędrzychowice – Ludwigsdorf;

joint border control facilities shall be opened. Facilities at the border crossings named in subparagraphs (a) and (d) should be in the territory of the Federal Republic of Germany and facilities at the crossings named in subparagraphs (b) and (c) should be in the territory of the Republic of Poland.

4. In order to allow the cross-border bridge and the border crossing to begin operation as soon as possible and in order to improve traffic conditions, construction work shall begin immediately after the signing of the Agreement, namely before it enters into force. The Contracting Parties have at their disposal the resources necessary to start the construction work.

5. The Governments of the Contracting Parties shall communicate with each other in due time regarding the activities related to project implementation; such arrangements shall be undertaken in the spirit of good neighbourly relations and in the context of joint transport planning.

DONE at Warsaw, on 29 July 1992, in two copies, each in the Polish and German languages, both texts being equally authentic.

For the Republic of Poland:

[SIGNED]

For the Federal Republic of Germany:

[SIGNED]

[TRANSLATION – TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LA RÉPUBLIQUE DE POLOGNE ET LA RÉPUBLIQUE
FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE SUR LA CONNEXION AUTOROUTIÈRE ET LA
CONSTRUCTION D'INSTALLATIONS DE PASSAGE FRONTALIER POUR LE
NOUVEAU POSTE-FRONTIÈRE DANS LA ZONE DE ZGORZELEC-GÖRLITZ

La République de Pologne et la République fédérale d'Allemagne,

Animées du désir de faciliter la circulation routière entre les deux États et le trafic de transit sur leurs territoires, conformément au Traité de bon voisinage et de coopération amicale entre la République de Pologne et la République fédérale d'Allemagne en date du 17 juin 1991,

Sont convenues de ce qui suit :

Article premier. Objet de l'Accord

1. L'autoroute polonaise A4 en direction de l'ouest, à partir de Legnica, et l'autoroute allemande en direction de l'est, à partir de Dresde, sont reliées au nord des villes de Zgorzelec et de Görlitz. Un nouveau poste-frontière est établi à cet endroit.

2. À cette fin, les infrastructures suivantes sont construites :

- a) sur le territoire de la République de Pologne et sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne : un pont autoroutier pour le trafic transfrontalier sur la rivière Neisse (pont transfrontalier) ;
- b) sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne : des bâtiments, des postes et des installations de contrôle aux frontières.

3. Les Parties contractantes s'efforcent d'achever en 1993 les projets de construction visés au paragraphe 2 sur les territoires de la Pologne et de l'Allemagne.

4. Un poste-frontière avancé est ouvert pour permettre la réalisation des contrôles aux frontières. Les questions relatives aux contrôles effectués auxdits postes-frontières sont régies par les Parties contractantes dans le cadre d'un accord distinct.

Article 2. Planification et exécution

1. La République fédérale d'Allemagne assume la responsabilité des activités suivantes :

- a) l'arpentage ;
- b) la planification ;
- c) les appels d'offres ;
- d) l'attribution des marchés ;
- e) la vérification des documents relatifs à l'exécution ;
- f) la surveillance des travaux ;
- g) la vérification des comptes pour les travaux contractés aux fins de la construction du pont transfrontalier, sous réserve de l'accord correspondant avec la République de Pologne.

2. La République de Pologne ne supporte aucun des coûts afférents à la réalisation des activités visées aux alinéas a) à d) du paragraphe 1. Les coûts des activités menées au titre des alinéas e) à g) du paragraphe 1 sont supportés par les Parties contractantes au prorata de la longueur du pont transfrontalier, mesurée le long de la ligne centrale du pont, entre l'axe des supports et la frontière séparant les territoires des Parties contractantes. Lors de la détermination des coûts à supporter par la République de Pologne, il n'est pas tenu compte de l'impôt allemand sur le chiffre d'affaires.

3. Pour la construction du pont transfrontalier, les maîtres d'œuvre sont tenus, au titre de leurs contrats, d'établir des factures distinctes pour la construction :

- des culées et des piliers sur le territoire de chaque Partie contractante ;
- des éléments supérieurs du pont, y compris les travaux relatifs à l'ensemble de la structure, proportionnellement à la longueur du pont transfrontalier, mesurée le long de la ligne centrale du pont, entre l'axe des supports et la frontière séparant les territoires des deux Parties contractantes.

4. Le pont transfrontalier est conçu, construit, inspecté et approuvé conformément aux normes et réglementations de construction en vigueur en République fédérale d'Allemagne. Les Parties contractantes peuvent convenir d'appliquer les règles de construction polonaises aux différents composants de la structure du pont. Les autres projets de construction visés aux paragraphes 1 et 2 de l'article premier, sur les territoires de la République de Pologne et de la République fédérale d'Allemagne, sont planifiés, construits, inspectés et approuvés conformément aux normes et réglementations en matière de construction en vigueur dans chaque État.

Article 3. Acquisition de terrains

Chaque Partie contractante veille à ce que les terrains situés sur son territoire et nécessaires, de façon permanente ou temporaire, à la construction du pont transfrontalier soient disponibles en temps utile et les met à disposition pour la construction des installations visées au paragraphe 2 de l'article premier.

Article 4. Inspection et approbation

À l'issue des travaux de construction, les installations sont inspectées et approuvées par les autorités compétentes des Parties contractantes en présence des maîtres d'œuvre concernés, conformément à la législation allemande relative aux maîtres d'œuvre.

Article 5. Maintenance

Après l'inspection finale et l'approbation des installations, la République fédérale d'Allemagne assume la responsabilité de la maintenance, de la réparation et de la rénovation du pont transfrontalier et des installations de contrôle aux frontières, ainsi que de l'entretien hivernal du pont transfrontalier. Les obligations en matière de maintenance, de réparation, de rénovation et d'entretien hivernal s'étendent jusqu'à l'extrémité du pont, la tête de pont étant située en territoire polonais.

La maintenance, la réparation et la rénovation du pont transfrontalier et des installations de contrôle aux frontières, ainsi que l'entretien hivernal, sont réalisés en consultation avec les

autorités polonaises compétentes. Les autorités compétentes des deux Parties contractantes peuvent conclure des accords distincts concernant le type, l'étendue et les modalités d'exécution des travaux de maintenance, de réparation et de rénovation du pont transfrontalier et des installations de contrôle aux frontières.

Article 6. Coûts

1. Chaque Partie contractante assume les coûts de construction, ainsi que les coûts d'acquisition des terrains, de maintenance, de réparation, de rénovation et d'entretien hivernal de la partie du pont transfrontalier située sur son territoire. Dans le cadre de la répartition des coûts, il n'est pas tenu compte de l'impôt allemand sur le chiffre d'affaires déjà inclus dans les coûts. Cet impôt est assumé par la République fédérale d'Allemagne seule.

2. Chacune des deux Parties contractantes met gratuitement à la disposition de l'autre Partie la documentation existante nécessaire à la planification, notamment en ce qui concerne les mesures et l'analyse des sols.

3. Les deux Parties contractantes règlent dans un accord distinct les questions relatives aux coûts de construction, y compris pour l'acquisition des terrains, la maintenance, la réparation et la rénovation des installations de contrôle aux frontières.

Article 7. Paiement

1. La République de Pologne verse à la République fédérale d'Allemagne sa part des paiements intermédiaires versés sur le compte au fur et à mesure de la réalisation des travaux de construction par les maîtres d'œuvre.

2. La République fédérale d'Allemagne communique deux mois à l'avance à la République de Pologne le montant estimé des fonds nécessaires aux paiements intermédiaires sur le compte et l'état des dépenses courantes en fournissant une liste des montants et des dates des paiements.

3. La République de Pologne verse le solde de sa part des coûts à l'issue du contrôle final, de l'approbation et de la présentation des comptes des travaux de construction.

4. Tous les paiements sont effectués en marks allemands.

5. En cas de différend, les montants non contestés ne sont pas retenus.

6. La République de Pologne reçoit une copie des contrats de construction, des commandes et des factures.

Article 8. Droits de franchissement de la frontière

1. Les ressortissants de chacune des Parties contractantes employés pour la construction du pont transfrontalier, les ressortissants des États membres de l'Union européenne non soumis à l'obligation de visa à l'égard de la République de Pologne ainsi que les autres ressortissants des Parties contractantes ou des États membres de l'Union européenne non soumis à l'obligation de visa à l'égard de la Pologne dans le cadre de la construction du pont ont le droit de franchir la frontière au niveau du site de construction du pont transfrontalier et du pont auxiliaire et de séjourner dans les parties du site de construction ou du pont auxiliaire situées sur le territoire de

l'autre État afin d'y exercer leurs fonctions, sans être obligés de détenir un titre de séjour à cet effet.

Les ressortissants d'autres pays qui sont employés pour la construction du pont transfrontalier peuvent franchir la frontière au niveau du site de construction et du pont auxiliaire à condition d'être en possession des documents et des permis requis par les réglementations des Parties contractantes.

2. Les travailleurs et les autres personnes visés au paragraphe 1 détiennent une autorisation de franchissement de la frontière entre la République de Pologne et la République fédérale d'Allemagne, reconnue par chaque Partie contractante.

3. Chaque Partie contractante réadmet, systématiquement et sans formalité, les personnes qui sont entrées sur le territoire de l'autre Partie contractante en violation des dispositions du présent Accord.

4. Les questions spécifiques relatives au maintien de la sécurité et de l'ordre publics dans la zone du chantier de construction du pont transfrontalier sont réglées par les autorités frontalières localement compétentes dans le cadre d'un accord mutuel.

5. Les dispositions du présent article restent en vigueur tant que les Parties contractantes n'ont pas conclu un nouvel accord relatif aux points de passage de la frontière.

Article 9. Dispositions fiscales

1. La législation relative à l'impôt sur le chiffre d'affaires de la République fédérale d'Allemagne s'applique aux matériaux et aux équipements fournis pour la construction du pont transfrontalier et pour sa maintenance, sa réparation et sa rénovation, ainsi que pour l'exécution d'autres obligations inhérentes à ces travaux de construction. La Pologne ne prélève aucun impôt sur le chiffre d'affaires ni aucun impôt indirect similaire sur les transactions portant sur lesdits matériaux et équipements ou sur le respect d'autres obligations liées aux travaux de construction.

2. Aucun droit d'importation, à l'exception des droits de douane, n'est perçu sur les biens importés du territoire d'une Partie contractante vers le territoire de l'autre Partie contractante lorsque ces biens sont destinés à être utilisés pour la construction ou la maintenance, la réparation ou la rénovation du pont transfrontalier ou des installations de contrôle aux frontières. Cette disposition s'applique dès le début de la construction. Aucune garantie n'est exigée. La première phrase ne s'applique pas aux biens importés à des fins d'administration publique.

3. Les biens nécessaires à la construction, à la réparation et à la rénovation du pont transfrontalier et des installations de contrôle aux frontières ne font l'objet d'aucune interdiction ni restriction à l'importation ou à l'exportation.

4. Dans le cadre de la mise en œuvre des dispositions du présent Accord, les autorités fiscales et douanières compétentes des deux Parties contractantes se communiquent tous les renseignements nécessaires et se prêtent mutuellement assistance pour l'application de la législation et des règlements administratifs pertinents en rapport avec les dispositions des paragraphes 1 à 3 du présent article. Les représentants desdites autorités sont habilités à se rendre sur le chantier du pont transfrontalier et à prendre les mesures relatives aux dispositions des paragraphes 1 à 3 qui sont prévues par leur législation et leurs règlements administratifs. Ces activités ne portent pas atteinte à la prérogative de la puissance publique des Parties contractantes.

5. Les dispositions du présent Accord ne portent pas atteinte à la Convention entre la République fédérale d'Allemagne et la République populaire de Pologne tendant à éviter la double

imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune, daté du 18 décembre 1972, ainsi qu'au Protocole à ladite Convention signé à la même date.

Article 10. Commission mixte

1. Une commission mixte germano-polonaise est instituée pour les questions relatives à la construction du pont transfrontalier. Elle est composée des deux chefs de délégation et d'autres membres désignés par chacune des Parties contractantes. Les Parties contractantes s'informent mutuellement de la nomination du chef de leur délégation à la commission mixte. Chaque chef de délégation peut, en consultation avec le chef de délégation de l'autre Partie contractante, convoquer et présider une réunion de la commission. Cette réunion se tient impérativement au plus tard un mois après la réception de la demande.

2. La commission mixte a pour mission de clarifier les questions fondamentales relatives à la construction du pont transfrontalier et de formuler des recommandations aux Parties contractantes, notamment sur les points suivants :

- a) la construction et les dimensions du pont transfrontalier ;
- b) la détermination de la portée des travaux communs ;
- c) le contrôle des plans de construction et de l'attribution des commissions ;
- d) le rapprochement des paiements ;
- e) l'inspection et l'approbation des travaux de construction achevés ;
- f) la répartition des coûts inhérents à la construction du pont transfrontalier ;
- g) la livraison et la réception des installations achevées ;
- h) l'interprétation ou l'application du présent Accord en cas de désaccord.

3. Chaque délégation de la commission mixte peut demander aux autorités administratives compétentes de l'autre Partie contractante de fournir les documents qu'elle juge nécessaires à la préparation des décisions de la commission.

4. La commission mixte adopte ses décisions par consentement mutuel.

Article 11. Différends

Les différends relatifs à l'application ou à l'interprétation du présent Accord sont réglés par les autorités compétentes des Parties contractantes. Chaque Partie contractante peut consulter la commission mixte sur ces questions. La voie diplomatique demeure toutefois réservée à titre exceptionnel.

Article 12. Entrée en vigueur

1. Le présent Accord est soumis à ratification ; les instruments de ratification sont échangés à Bonn dans les meilleurs délais.

2. Le présent Accord entre en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant la date d'échange des instruments de ratification.

Article 13. Durée de validité et modifications

1. Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée. Il peut faire l'objet de modifications ou d'ajouts moyennant l'accord des Parties contractantes.

2. Si, au cours de la mise en œuvre de l'Accord, des difficultés importantes surviennent ou si les conditions dans lesquelles l'Accord a été conclu évoluent considérablement, les Parties contractantes peuvent, à la demande de l'une d'entre elles, négocier l'établissement de nouveaux règlements.

FAIT à Varsovie le 29 juillet 1992 en deux exemplaires, chacun en langues polonaise et allemande, les deux textes faisant également foi.

Pour la République de Pologne :

[SIGNÉ]

Pour la République fédérale d'Allemagne :

[SIGNÉ]

PROTOCOLE

La République de Pologne et la République fédérale d'Allemagne,

Lors de la signature de l'Accord entre la République de Pologne et la République fédérale d'Allemagne sur la connexion autoroutière et la construction d'installations de passage frontalier pour le nouveau poste frontière dans la zone de Zgorzelec-Görlitz, sont convenues des arrangements suivants, qui font partie intégrante dudit Accord :

1. Afin de clarifier le contenu du paragraphe 1 de l'article 9, il convient de noter que ledit paragraphe prévoit l'application de la législation allemande relative à l'impôt sur le chiffre d'affaires sur l'ensemble de la zone de construction du pont transfrontalier, en raison du fait que la République fédérale d'Allemagne, conformément à l'article 2 de l'Accord, entreprend les travaux de planification et de construction, et également du fait qu'en vertu de la législation des États membres de l'Union européenne, la République fédérale d'Allemagne ne peut pas choisir de renoncer à l'application de l'impôt sur le territoire allemand.

De plus, l'application d'une législation fiscale unique facilitera la construction.

2. Les dispositions de l'article 9 de l'Accord dont bénéficie la République fédérale d'Allemagne lors de la mise en œuvre de projets frontaliers similaires devraient être appliquées sur la base de la réciprocité et, dans la mesure du possible, dans le respect d'une parité entre la République de Pologne et la République fédérale d'Allemagne, si cela facilite la construction, la maintenance, la réparation et la rénovation des installations.

3. Aux postes-frontière suivants :

- a) Kołbaskowo-Pomellen (autoroute) ;
- b) Świecko-Francfort-sur-l'Oder (autoroute) ;
- c) Olszyna-Forst (autoroute) ;
- d) Zgorzelec-autoroute dans la zone Jędrzychowice-Ludwigsdorf,

des installations communes de contrôle aux frontières sont ouvertes. Les installations aux points de passage frontaliers mentionnés aux alinéas a) et d) doivent se trouver sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne et les installations aux points de passage mentionnés aux alinéas b) et c) doivent se trouver sur le territoire de la République de Pologne.

4. Pour permettre la mise en service du pont transfrontalier et du poste-frontière dans les meilleurs délais ainsi que pour améliorer les conditions de circulation, les travaux de construction débutent immédiatement après la signature de l'Accord, c'est-à-dire avant son entrée en vigueur. Les Parties contractantes disposent des ressources nécessaires pour entamer les travaux de construction.

5. Les gouvernements des Parties contractantes communiquent entre eux en temps utile au sujet des activités liées à l'exécution du projet ; ces arrangements sont appliqués dans le cadre de rapports de bon voisinage et d'une planification conjointe des transports.

FAIT à Varsovie le 29 juillet 1992 en deux exemplaires, chacun en langues polonaise et allemande, les deux textes faisant également foi.

Pour la République de Pologne :

[SIGNÉ]

Pour la République fédérale d'Allemagne :

[SIGNÉ]